

Der eine sagt so, der andere so – so ist es eben!

Doch der Teufel steckt im Detail.

Es fällt auch manchmal einem Gewerkschafter schwer, in Anbetracht der Ereignisse der letzten Wochen die richtigen Worte zu finden und in den ganz normalen Alltag zurückzukehren.

Hagen Husgen

Ich persönlich bin lange genug im „Geschäft“, habe in den vielen Jahren meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit auch eine Menge ertragen (müssen). Und wenn man denkt, schlimmer kann es nicht werden, wird man mit unvorstellbaren Tatsachen konfrontiert, die einem wieder die Augen ganz schnell öffnen. Man muss mit allem rechnen und sollte niemals in einen Trott verfallen.

Der Polizistenmord in Rheinland-Pfalz und nun der Krieg in der Ukraine. Es ist unfassbar, aus welcher niedrigen Beweggründen sich Menschen gegenseitig solch ein Leid und Elend antun.

Es sind Ereignisse, die uns erst einmal zusammensucken und in stille Gedanken versinken lassen. Doch nach dem ersten Schock rafft man sich auf und denkt nicht daran, nur in Stille zu verharren. Wir müssen laut darüber reden, wir müssen trotz all der Schmerzen nachdenken, analysieren und letztendlich fordern. Fordern, dass nicht nur wir die richtigen Lehren daraus ziehen. Die richtigen Lehren „Für uns. Für morgen.“, angelehnt an das Motto des im September stattfindenden 27. Ordentlichen Bundeskongresses. Doch was sind die richtigen Lehren für all diejenigen, die sich hoffentlich auch angesprochen fühlen?

Respekt

Eine Lehre ist die Bereitschaft des Nachdenkens über RESPEKT.

Respekt ist die Anerkennung und Achtung der Persönlichkeit und der Leistung der Mitmenschen – eine Tugend, welche ich schon in meiner Kindheit beigebracht bekommen habe. Dazu gehören auch Tole-

ranz und Selbstachtung. Und genau dieser Respekt scheint in der heutigen Gesellschaft abhandengekommen zu sein, zumindest ist diese Tendenz stark zu beobachten.

Seit rund zwei Jahrzehnten weisen wir als GdP auf die Zunahme von Respektlosigkeiten, Diffamierungen sowie Angriffen und Gewalttaten auf unsere Kolleginnen und Kollegen als Repräsentantinnen und Repräsentanten unseres demokratischen Staates hin. Eine lange Zeit, in der nicht wirklich etwas passiert ist, um diesen Trend zu stoppen. Änderungen der einschlägigen Gesetze (z. B. des Strafgesetzbuches) reichen nicht aus, um voranzukommen. Nicht zuletzt auch aufgrund der unzähligen Konfrontationen zwischen der Polizei und Teilen der Gesellschaft aufgrund der Coronalage, ist der Punkt erreicht, dass wir dies nicht mehr akzeptieren. Es ist eine nicht zu tolerierende Entwicklung, der wir uns strikt entgegenstellen.

Aus diesem Grund hat der GdP-Bundesvorstand am 8. Februar 2022 eine Resolution verabschiedet (DP 03/22, Seite 38) und die GdP Sachsen selbst die Kampagne #RESPEKTFUERPOLIZEI gestartet. In einem durch das Social-Media-Team der GdP Sachsen produzierten Kurzvideo wird mit beeindruckenden Bildern darauf aufmerksam gemacht, dass es endlich an der Zeit ist, auf die Gefühlslage innerhalb der sächsischen Polizei abzustellen. Darauf, dass unsere Kolleginnen und Kollegen rund um die Uhr im Einsatz sind. In Einsätzen, die nicht nur die Sonnenseite des Lebens zeigen, sondern häufig menschliche Abgründe sowie Not und Elend offenbaren.

Niemand fragt danach, wie es ist, wenn man sich im Einsatz befindet, als Erster an einem Unfallort mit schwersten Verletzungen oder gar Getöteten ankommt und den Familien eine Todesnachricht überbringen



Hagen Husgen

Foto: privat

muss. Niemand fragt danach, wie es ist, gewaltbereiten Extremisten gegenüberzustehen, die vor keiner Gewalt zurückschrecken. Deshalb fragen wir: Wie sieht es aus mit Respekt – mit Respekt auf allen Ebenen? Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir mit mehr Respekt einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt und eine breite Anerkennung. Aber dazu gehört nicht nur das Verhalten eines jeden Einzelnen gegenüber der Polizei, sondern auch die Wertschätzung durch die sächsische Politik. Und genau an dieser Stelle werden die wichtigen Weichen gestellt, um aufzuzeigen, was Respekt gegenüber der Leistung unserer Polizeibeschäftigten bedeutet.

So oder so?

Man kann über dieses Prozedere recht unterschiedlicher Auffassung sein. Auf der politischen Seite wird immer wieder hervorgehoben, dass für die Polizeibeschäftigten und somit natürlich für die Innere Sicherheit alles Mögliche getan wird, sogar mehr, als man gezwungen wäre. Auf der gewerkschaftlichen Seite hält man mit der Argumentation dagegen, dass nur wohldosierte Beruhigungspillen verabreicht werden, die zwar ein süßes Geschmäckle haben, aber beim Hineinbeißen sauer aufstoßen.

„Der eine sagt so, der andere sagt so, so ist es eben!“, könnte man jetzt behaupten.

Doch damit geben wir uns nicht zufrieden, denn der Teufel steckt im Detail.

Ich möchte versuchen, den Detailteufel



Foto: GdP Sachsen

anhand dreier Szenarien herauszulocken und damit aufzeigen, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Uns liegen als Gewerkschaft alle Mitglieder gleichermaßen am Herzen und deshalb ist es so wichtig, den Teufel zu identifizieren, zu erkennen und vor allem zu benennen.

Respekt und Wertschätzung?

Szenario 1: Amtsangemessene Alimentation

Es hört sich charmant an, dass ein Finanzminister sich viele Nachmittage um die Ohren schlägt, um mit den Gewerkschaften über eine Lösung des vom Bundesverfassungsgerichts bescheinigten Dilemmas zur verfassungswidrigen Alimentation zu diskutieren. Es geht bekanntlich um den Abstand der Beamtenbesoldung zur Grundsicherung, der mindestens 15 Prozent betragen muss, aber auch in Sachsen nicht vorhanden ist. Man kann vielleicht noch nachvollziehen, dass ein (wie eine Glücke auf dem Ei) über den Staatsfinanzen sitzendes Finanzministerium versucht, die Ausgaben so gering wie möglich zu halten und nur einen Bruchteil der Beamtinnen und Beamten an der Lösung teilhaben lassen möchte. Profitieren sollten demnach nur Kolleginnen und Kollegen in der Besoldungsgruppe A 4 und darüber hinaus alle, die entweder beihilfeberechtigte Ehepartner oder Kinder haben.

Es ist aber nicht mehr nachzuvollziehen, dass trotz des Vorbringens der Bedenken auch durch die GdP Sachsen weiterhin um jeden Cent gefeilscht wird. Wie soll man einem Polizeimeister erklären, dass die Tätigkeit eines Justizwachtmeisters (sie mögen es mir an dieser Stelle verzeihen) um eine Besoldungsgruppe besser besoldet wird, die Honorierung der Tätigkeit des Polizisten aber weiterhin auf dem Status quo verharret.

Mit Beibehaltung eines gewissen Abstandsniveaus im Besoldungssystem hat dies nichts zu tun. Die Köpfe im Finanzministerium ratterten also weiter und (sieh mal an) es kam der plötzliche Gedanke, doch noch einen „Bonus“ draufzuschlagen. Nunmehr sollten alle Beamtinnen und Beamten profitieren und zusätzlich einen Krankenversicherungszuschuss (Heilfürsorgeempfänger einen Zuschuss zur Anwartschaftsversicherung) erhalten. Und der Detailteufel zeigte sich alsbald. Diesen Zuschuss sollte es nur geben, wenn die Gewerkschaften sich bereit erklären würden, den Gewerkschaftsmitgliedern keine Klagen mehr zu empfehlen und im Falle der individuellen Klage eine Unterstützung zu verwehren. So viel „Einfallsreichtum“ führte in der vorerst letzten Verhandlungsrunde am 3. März 2022 dazu, dass sich die Gewerkschaften uneinig waren und die Verhandlung ergebnislos abgebrochen wurde. Es wird ein Angebot geben müssen, das Bundesverfassungsgericht fordert es. Es wird ein Ergebnis sein, welches uns wahrscheinlich nicht gefallen wird. Nun kann man sich streiten, ob es an der Verhandlungsunfähigkeit der Gewerkschaftsseite oder am miesen Angebot der ministeriellen Seite gelegen hat. Der eine sagt so, der andere sagt so, so ist es eben!

Aber über eines bin ich mir sicher: unter Respekt gegenüber der Leistung der Polizei habe ich mir etwas anderes vorgestellt. Sachsen hat es in föderalen Zeiten noch immer selbst in der Hand!

Szenario 2: Übertragung des Tarifergebnisses

Es hört sich charmant an, dass ein Finanzministerium sich seines Versprechens gegenüber den Gewerkschaften erinnert, das Ergebnis von Tarifverhandlungen zeit- und wirkungsgleich auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen zu übertragen. Es war

auch für die meisten ein positives Gefühl, mit der Märzbesoldung eine Corona-Sonderzahlung als Ausgleich für die Belastung der letzten Monate zu erhalten. Und es ist auch beruhigend, dass ein Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz geplant ist, welches die Besoldungs- und Versorgungserhöhung um 2,8 Prozent ab dem 1. Dezember 2022 regelt.

Doch es trifft leider wieder nicht alle in vollem Umfang, die es sich verdient hätten. Wir haben viel diskutiert, viel darüber geredet und geschrieben. Die Arbeit der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ist schlichtweg nicht gewertschätzt und damit respektiert worden. Es ist aus meiner Sicht schade um die Spucke, darüber zu philosophieren, ob die Verhandlungsführer von Potsdam das so planten oder nicht. Und es hilft auch keinem, zu behaupten, dass die Gewerkschaften mit am Tisch saßen und ihr Veto hätten einlegen können. Der eine sagt so, der andere sagt so, so ist es eben! Aber über eines bin ich mir im Klaren: Unter Respekt gegenüber der Leistung der Polizei habe ich mir etwas anderes vorgestellt. Sachsen hat es in föderalen Zeiten noch immer selbst in der Hand!

Szenario 3: Verbindlichkeitszulage

Es hört sich charmant an, dass die Staatsregierung eine Änderung der Sächsischen Erschwerniszulagen- und Mehrarbeitsvergütungsverordnung auf den Weg bringt, die im neuen § 14 eine Zulage für besondere polizeiliche Organisationseinheiten beinhaltet. Hierbei handelt es sich um die in aller Munde befindliche „Verbindlichkeitszulage“, die eine Art Kompensation für diejenigen darstellen soll, die in besonderem Maße von mangelnder Verbindlichkeit ihrer Einsatzpläne betroffen sind. „Denn durch diese besonders kurzfristigen Heranziehungen ergeben sich sowohl

DP – Deutsche Polizei Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-11
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



Schwierigkeiten für das soziale Leben als auch besondere physische und psychische Belastungen“, so die Begründung zur Verwaltungsänderung.

Eine Forderung, die wir als Gewerkschaft der Polizei schon lange aufgestellt haben, scheint sich nun zu verwirklichen. Doch so charmant die Zulage auch klingen mag, von einem Entgegenkommen aufgrund unserer Bedenken hinsichtlich der unzureichenden Zulagenhöhe von 40 Euro oder des zu eng gehaltenen Geltungsbereiches ist nicht viel zu bemerken. Geschweige denn davon, dass wir schon seit meh-

renen Jahren darauf hinwirken, im Zulagensystem nicht nur Flickschusterei zu betreiben, sondern so wie der Bund und andere Bundesländer mal endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Ich denke da beispielsweise an die geforderte Angleichung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten oder die Schaffung einer Erschwerniszulage für die Tätigkeit Ermittler/Auswerter bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie. Schon 2019 forderte die GdP Sachsen die Umsetzung eines Gesamtpaketes ein, doch die Verantwortlichen sind stolz auf die kleinen Schritte, welche wahr-

scheinlich als ausreichend angesehen werden. Der eine sagt so, der andere sagt so, so ist es eben! Aber über eines bin ich mir im Klaren: Unter Respekt gegenüber der Leistung der Polizei habe ich mir etwas anderes vorgestellt. Sachsen hat es in föderalen Zeiten noch immer selbst in der Hand!

Im Ergebnis muss man feststellen, dass es sich um eine tröpfchenweise Verabreichung handelt, die am Gesamtzustand nur wenig ändert. Das heißt, wir haben weiter eine Menge zu erledigen. Und das packen wir an, denn ein „So ist es eben!“ wird es mit uns so nicht geben! ■



Fotos (D): SMT GdP Sachsen

Mit dem Beitrag im MDR Sachsenspiegel am 10. Februar 2022 startete die Kampagne der GdP Sachsen „Respekt für Polizei“

„Du wirst nie verstehen, wie es ist ...“

Jan Krumlovsky

Der Polizeiberuf ist für die meisten Polizistinnen und Polizisten nicht nur ein Job, sondern Berufung, aber durch seine ständig hoch anstrengenden und wechselnden Anforderungen auch in weiten Teilen extrem anspruchsvoll und belastend. Jeder Tag ist anders und die Kolleginnen und Kollegen meistern jeden Dienst mit einer hohen Motivation. Das verdient vollsten Respekt.

Um einen kleinen Einblick in den Arbeitsalltag von Polizistinnen und Polizisten zu geben und auf die oft verborgenen physischen und psychischen Herausforderungen aufmerksam zu machen, hat das Social-Media-Team der GdP Sachsen diese Kampagne entwickelt.

Mit den Worten „Du wirst nie verstehen, wie es ist ...“ wenden sich Kolleginnen und

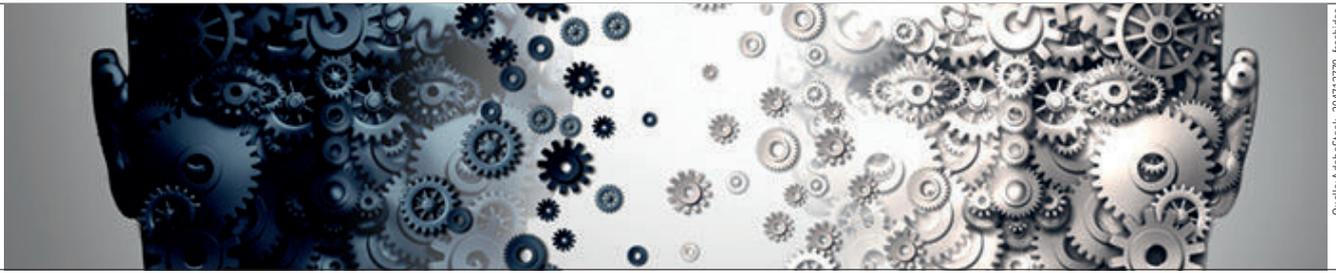
Kollegen im Video an ihre Mitmenschen und sprechen verschiedenste Szenarien des täglichen Einsatzgeschehens an: Unfälle mit Todesfolge, Amokläufe, Suizide.

Ein Appell, der dazu anregen soll, einen Moment innezuhalten und sich vor Augen zu führen, welchen körperlichen und vor allem auch emotionalen Belastungen Polizist:innen stetig ausgesetzt sind – nicht nur als Beamte, sondern als Menschen. Sich diesen Herausforderungen täglich aufs Neue zu stellen, verdient höchsten Respekt!



Das Video wurde über die sozialen Medien geteilt und seitdem millionenfach angesehen und kommentiert. Das Feedback war dabei bis auf einige wenige Ausnahmen durchweg sehr positiv. Viele Kolleg:innen, selbst aus anderen Bundesländern, meldeten sich zu Wort und beglückwünschten das Team zu dem gelungenen Projekt.

Wir möchten Danke sagen an alle Protagonisten, Produzenten und die Polizei Sachsen. Ihr alle habt euren ganz persönlichen Teil dazu beigetragen und diese Kampagne erst möglich gemacht. ■



GESUNDHEIT



Foto: Frank Rammelt

Frank Rammelt leitet die Inspektion Zentrale Dienste der Polizeidirektion Chemnitz. Er ist Suchtkrankenhelfer, Mitglied der AG PSU und der BLAG Suizidprävention.

Suizidprävention als Bestandteil der Psychosozialen Unterstützung in der Polizei Sachsen

Dem speziellen Thema Suizidprävention hat sich seit 2016 eine Arbeitsgruppe der Polizeien des Bundes und der Länder unter der Schirmherrschaft der Deutschen Hochschule der Polizei verschrieben.

Frank Rammelt

Suizidalität in den eigenen Reihen findet noch immer viel zu wenig Beachtung – es ist ein Tabuthema. Es wirkt abstrakt und es scheint, dass es stets weit weg vom eigenen dienstlichen Wirkungskreis in Erscheinung tritt. Umso mehr Betroffenheit, Starre und Ratlosigkeit legen sich über die Organisation, wenn der unerwartete und schlimmste Fall eintritt.

Das Phänomen Suizid/Suizidalität ist in vielfacher Hinsicht Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, auch für den Forschungsbereich Polizei. Die grundsätzliche Wirksamkeit suizidpräventiver Maßnahmen in der Polizei gilt als empirisch belegt. Anhand einer im Jahr 2012 durchgeführten Evaluation eines bei einer kanadischen Polizei etablierten Suizidpräventionsprogramms konnte ein signifikanter Rückgang der dortigen Suizidraten belegt werden (Mishara & Martin 2012).¹ In der Wissenschaft wird ferner der große Einfluss unspezifischer Einflussfaktoren (z. B. intensivierter Betreuung von Risikogruppen wie etwa Suchtkranke) auf Suizidalität untersucht. Spezifisch für die deutsche Polizei oder andere deutsche Sicherheitsbehörden liegen



Suizidalität in den eigenen Reihen ist noch immer ein Tabuthema.

zum Phänomen Suizid/Suizidalität bislang keine Studien vor.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Suizidprävention

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Suizidprävention (BLAG-SP) hat sich als Gruppe Freiwilliger mit dem Ziel der Prävention suizidaler Handlungen gefunden und verstetigt. Natürlich durfte und wollte sich auch der Freistaat Sachsen einem derart wichtigen Thema nicht verschließen. So gehören seit dem Jahr 2016 auch Vertreter Sachsens der BLAG-SP an.

Inhaltlich arbeitete die BLAG-SP an den Schwerpunkten Wissensmanagement, Aus- und Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsempfehlungen und Netzwerkarbeit. Bei der Auseinandersetzung mit diesen Themenfeldern wurde vor allem deutlich, dass zur Entfaltung einer größtmöglichen Wirkung die Einbindung in die polizeiliche

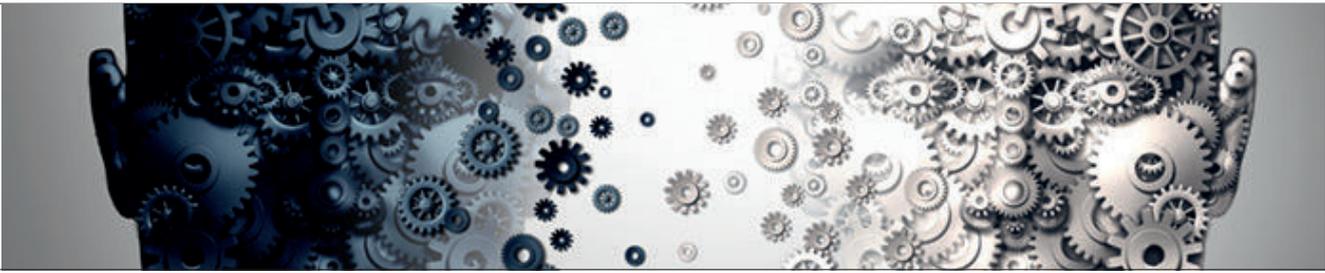
Gremienlandschaft eine unerlässliche Voraussetzung für die Überführung der Arbeit der BLAG-SP in die tägliche Arbeit der Polizei ist. Mit großer Beharrlichkeit, engagierter Überzeugungsarbeit und einem aus den bisherigen Ergebnissen erstellten Strategiepapier gelang 2019/2020 letztlich der Anschluss an die AG Führung des UA FEK. In seinem entsprechenden Beschluss stellte der UA FEK fest:

1. Der UA FEK nimmt das „Strategiepapier ‚Suizidprävention in der Polizei‘“ seiner Expertengruppe Führung (Stand: 19.01.2021) zur Kenntnis.

2. Er stellt fest, dass jeder Suizid unabhängig vom persönlichen Schicksal ein großer Verlust für die Organisation sowie mit enormem Leid für die Hinterbliebenen verbunden ist und erkennt die hohe Bedeutung suizidpräventiver Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit der Polizeiangehöriger an. Hierin sieht er eine besondere Ausprägung der Fürsorgepflicht der polizeilichen Führungskräfte.

3. Der UA FEK hält wegen der besonderen Bedeutung eine dauerhafte Befassung unter

¹ B. L. Mishara, N. Martin (2012): Effects of a Comprehensive Police Suicide Prevention Program. Crisis The Journal of Crisis Intervention and Suicide Prevention 33 (3): 162–8



empirischer Begleitung mit dem Ziel einer Enttabuisierung der Thematik Suizidalität sowie einer nachhaltigen Senkung der Suizidraten in der Polizei für erforderlich. Er begrüßt die bisherigen Aktivitäten im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe (BLAG) „Suizidprävention in der Polizei“.

4. Er erachtet die BLAG „Suizidprävention in der Polizei“ als geeignetes Gremium, um eine strukturierte und kontinuierliche Befassung mit Mitarbeitersuizidalität sicherzustellen, bestehende Lösungsansätze weiterzuentwickeln und Standards zu etablieren.

5. Der UA FEK hält es für zielführend, auf der Grundlage des vorliegenden Strategiepapiers ein Konzept zu entwickeln, welches insbesondere die Erfolgsfaktoren bei der Implementierung einer Strategie zur professionellen Suizidprävention hervorhebt. Er empfiehlt die vorherige Prüfung der Erhebung einer Datenbasis sowie die Erarbeitung konkreter Vorlagen und Umsetzungsvorschläge in den Handlungsfeldern Aus- und Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Wissensmanagement, Netzwerkarbeit und Organisationsempfehlungen, die den Ländern zur Verfügung gestellt werden können.

Mit dem Beschluss unterstrich das Gremium die hohe Bedeutung des Themas Suizidprävention. Aus ihm ergab sich in Ergänzung der bisher bearbeiteten Themen ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt. Für die Verhinderung von Suiziden sowie für den professionellen Umgang mit dem Thema Suizid/Suizidalität in der deutschen Polizei ist eine valide Datengrundlage unentbehrlich, damit durch passende Strategien die Erfolgswahrscheinlichkeit suizidpräventiver Konzepte und Maßnahmen systematisch erhöht werden kann. Dazu muss die Verfügbarkeit aktueller Daten zur Messung der Wirksamkeit suizidpräventiver Maßnahmen in der deutschen Polizei sichergestellt werden und eine kontinuierliche Fortschreibung der Datenbasis erfolgen. Dadurch wird eine zuverlässige Einschätzung des Aufkommens und der Relevanz von Suiziden in der deutschen Polizei möglich und es können empirisch fundierte Ansatzpunkte für eine gezielte, effektive und nachhaltige Suizidprävention ermittelt werden.

Unterstützung und Sensibilisierung

Damit stehen ehrgeizige Ziele auf der Tagesordnung, für deren Erreichung der sprich-

wörtliche lange Atem gefragt ist. Die in der BLAG-SP vertretenen sächsischen Kollegen betreuen federführend den Themenbereich Aus- und Fortbildung. Hier versuchen wir, den tatsächlichen Präventionsaspekt vordergründig zu betrachten und gezielt Maßnahmen sowie Unterstützungsmöglichkeiten spezifisch für die verschiedenen Zielgruppen zu erarbeiten. Der „gesunde“ Kollege steht im Vordergrund, der in seinen persönlichen Kompetenzen nachhaltig die Belastungen bewältigen kann, mit denen er sich konfrontiert sieht. Weiteres wichtiges Anliegen ist die allgemeine Sensibilisierung aller Mitarbeiter für die Erkennung derartiger Problemlagen im Kollegenkreis. Seine Ergänzung soll das Thema letztlich durch die Ausprägung von Kompetenzen bei Führungskräften finden, derartige Problemlagen zu erkennen und erfolgreich bewältigen zu können.

Die sächsischen Kollegen sind gleichzeitig Mitglieder der Arbeitsgruppe PSU Sachsen. In dieser AG werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, die das Thema Suizidprävention auch in der sächsischen Polizei voranbringen und die Umsetzung der absehbaren Empfehlungen des UA FEK in der Polizei Sachsen vorbereiten. ■

BEZIRKSGRUPPE DRESDEN

Endlich haben wir es geschafft – nach zwei Jahren waren wir unterwegs

Elke Hatz

Wie jedes Jahr fand auch dieses Jahr am 13. Februar 2022 wieder der Gedenktag anlässlich der Bombardierung Dresdens statt.

Die Bezirksgruppe Dresden übernahm dabei die Einsatzbetreuung der zahlreich geplanten Kräfte. Am Freitag, dem 12. Februar 2022, erfuhr ich, dass 2.262 Kräfte in Dresden sein würden. Ich war etwas erstaunt und zugleich erschüttert, dass so viele Kräfte geplant werden müssen – es soll ja ein Gedenktag sein. Aber wir wissen aus den vergangenen Jahren, dass es immer mehr Chaoten gibt, die den Tag nutzen, um auf sich aufmerksam zu machen. Ist schon schlimm genug, aber wenn man dann noch sieht, wie

jung die Chaoten sind ... habe ich nur noch Unverständnis dafür.

Für mich selbst war es ein Selbstverständnis, für die Kollegen und Kolleginnen da zu sein und ihnen mit Süßigkeiten, Vitaminen und auch Sachwerten den Tag zu versüßen. Es gab fast nur positives Feedback, was mich persönlich sehr freute. Kollegen und Kolleginnen aus anderen Bundesländern kannten eine solche Betreuung durch die GdP nicht, was mich stutzig machte. Gibt es das wirklich nicht?

Um die nächste Einsatzbetreuung zu verbessern und auch den Bedürfnissen der Kollegen und Kolleginnen gerecht zu werden, habe ich eine kleine Umfrage zu den Wünschen gestartet. Der Zettel war am Ende des Tages voll und ich werde auf jeden Fall zukünftig darauf Rücksicht nehmen.



Foto: Elke Hatz

Ich möchte allen Kollegen und Kolleginnen für den zusätzlichen Einsatz an diesem Tag danken.

Auch meinen beiden Mitstreitern Uwe Sparmann und Andreas Seifert gilt ein dickes Dankeschön.

Wir sind für euch da!!! ■



Foto: pixabay

SENIOREN BEZIRKSGRUPPE DRESDEN

Seniorenarbeit in der Bezirksgruppe Dresden

Andreas Seifert

Am Donnerstag, den 10. Februar 2022, fand in Dresden eine Beratung der für Seniorenarbeit verantwortlichen Kollegen aus der Bezirksgruppe Dresden statt. Zu dieser Maßnahme hatte der Verantwortliche für Seniorenarbeit, Steffen Theurich, eingeladen. Es war zu verspüren, dass die anwesenden Verantwortlichen, nun endlich wieder einmal persönlich miteinander sprechen konnten und die anliegenden Probleme offen diskutieren konnten.

Als Gäste konnten wir unsere Bezirksgruppenvorsitzende Elke Hatz und den Vorsitzenden der Landesseniorengruppe Claus Schneider begrüßen. Die Ausführungen von Kollegen Schneider wurden aufmerksam verfolgt, besonders die Umsetzung der „Coronaprämie“ für im Dienst befindlichen Angestellten und Beamten. Natürlich war eine gewisse Enttäuschung bei den Anwesenden und allen Pensionären zu verzeichnen, da die Senioren wieder einmal nicht berücksichtigt wurden.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion war der zu verzeichnende Rückgang der Mitgliederzahl, über den Frau Hatz berichtete. Auffälliger Schwerpunkt war die Ab- und Ummeldung der in den Ruhestand tretenden Kollegen. Auf dem Laufzettel der PD Dresden ist die Abmeldung beim ansässigen örtlichen Personalrat nur „optional“ erforderlich. Hier entstehen Informationslücken, welche eine Betreuung erschweren oder gar unmöglich machen. So wissen die Verantwortlichen nicht, wann Kolleg:Innen in den Ruhestand treten und in welchem Bereich sie betreut werden wollen. Hier sollte durch den zuständigen örtlichen Personalrat eine Absprache mit dem Präsidenten der PD Dresden und mit dem Referat Recht und Personal geführt werden, um auf den Laufzetteln die „optionale“ Abmeldung beim Personalrat mit sofortiger Wirkung in verbindlich zu ändern!

Ein weiterer Grund der eine verbindlich verzeichnenden Austritte ist wohl die Zustimmung der Personalvertretungen zur angekündigten Impfpflicht. Nach Ansicht der anwesenden Senioren hätte die Perso-

nalvertretung der Impfpflicht nicht uneingeschränkt zustimmen dürfen. Hier wird in die Selbstbestimmung der Beamten erheblich eingegriffen. Das Aussprechen einer Empfehlung zur Impfung, zum persönlichen Schutz der Gesundheit und zum Schutz der Gesundheit anderer Menschen wäre angebracht gewesen.

Auch positive Aktivitäten in den einzelnen Bereichen wurden verzeichnet. So treffen sich mehrere Bereiche monatlich einmal, um verschiedene Maßnahmen wie Kegel- oder Bowlingabende durchzuführen. Auch Wanderungen oder Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten stehen auf dem Programm und kommen bei den Pensionären gut an. Auch Absprachen unter den Bereichen werden durchgeführt, um eventuell freie Plätze bei geplanten Ausflügen anderen Senioren anzubieten.

Für die Einsatzbetreuung am 13. Februar 2022 konnten auch zwei Senioren gefunden werden, um eingesetzte Beamte aus Sach-

sen, anderen Bundesländern und der Bundespolizei mit Getränken, Süßigkeiten und kleinen Werbeartikeln ein kleines Dankeschön zu sagen!

Der Bereich Nord, in der Verantwortung von Steffen Theurich, beabsichtigt, am Mittwoch, den 6. April 2022, einen Seniorennachmittag im Bereich Coswig durchzuführen. Zurzeit werden die zum Bereich zugehörigen Senioren informiert, um die Veranstaltung zu einer schönen Sache werden zu lassen. Ein Großteil der Senioren schätzt die Betreuung nach ihrer aktiven Dienstzeit sehr hoch ein und die angebotenen Aktivitäten fördern den Kontakt zu anderen, noch im Dienst befindlichen Kollegen. Am Ende der Veranstaltung wurde noch über die Teilnehmer am Landesdelegiertentag aus dem Kreis der Senioren der BG Dresden abgestimmt. Einstimmig wurden Steffen Ettrich, Roland Mickan, Claus Schneider, Uwe Sparmann, Steffen Theurich und Claus-Dieter Wunsch als Delegierte gewählt. ■



Foto: pixabay

SENIORENGRUPPE BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

Frühlingsfest 2022

Eckehard Goudschmidt

Das Frühlingsfest der Seniorengruppe der Bezirksgruppe Leipzig findet am

Dienstag, **26. April 2022**, ab 14.30 Uhr
in der Gaststätte „Miltitzer Rosensäle“,
Neue Leipziger Straße 59, 04205 Leipzig,

statt.

Anmeldungen bitte vom 11. bis 15. April 2022 unter:

Werner Pinkert: (0341) 9602899; (0152) 08863627; Pinky.48@web.de

Thomas Pfeffer: (0177) 7521856; PfefferThomas57@aol.com

Egbert Mai: (0341) 9414726

Redaktionsschluss

Bitte beachten: Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe April 2022, war der 4. März 2022, für die Ausgabe Mai 2022 ist es der 1. April 2022 und für die Ausgabe Juni 2022 ist es der 29. April 2022.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe ge-

kürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

SENIORENGRUPPE DRESDEN OST

Besuch im Dresdner Schloss

Roland Mickan

Unser erster gemeinsamer Ausflug für 2022 zu den Freitaler Bombastus Werken in Freital musste leider durch die Coronabeschränkungen ausfallen. Im Februar konnten wir das Dresdner Schloss mit seinen Paraderäumen besuchen. Wir hatten diesen Ausflug als individuelles Treffen geplant. Nachdem wir uns vorm Schloss ge-



troffen hatten, konnten wir uns durch den coronabedingten Kontrolleinlass in den Innenraum begeben. Jeder konnte sich, entsprechend seinen, Interessen selbstständig durch die Ausstellung bewegen. Unser Rundgang durch das Schloss führte uns durch viele interessante Räume vorbei an Fenstern, wo wir einen Ausblick auf die Baumaßnahmen im Schlosshof erlangten und schon erkennen konnten, wie dieser mal aussehen wird. Der Rundgang durch die im September 2019 neu eröffneten Paraderäume, welche im neuen Glanz erstrahlen, zeigte uns die Pracht und den glanzvollen Prunk von August dem Starken. In der kurfürstlichen Gewehrgalerie im

Langen Gang bewunderten wir die kunstfertig gestalteten Gewehre und „fachsimpelten“ über die Handhabung der Langwaffen. Nach der „Verabschiedung von August dem Starken“ bestand die Möglichkeit, weiter im Schloss zu verbleiben oder gemeinsam in einer Gaststätte Mittag zu essen. In einem nahen Restaurant ließen wir den für alle schönen Ausflug ausklingen. Nun hoffen wir auf gutes Wetter, damit wir unsere nächsten geplanten Besichtigungen, wie den „Wildpark Geising“ und den Besuch „Schloss Albrechtsberg“ auch genießen zu können. Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern, die zum Gelingen solcher Ausflüge beitragen. ■



Fotos (2): Privat

SENIORENBEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ

Wir haben den Schwung für's neue Jahr!

Ralf Weinreich

Am 17. Februar 2022 fand der zweite Kegelnachmittag statt, am 16. bereits der erste Stammtisch.

Auf selbigem wurde vorrangig über unsere Veranstaltungen im Jahr 2022 diskutiert. Wir werden am 13. April 2022, 14 Uhr, mit einer Bierverkostung in den Chemnitzer Gewölbegängen beginnen. Wer teilnehmen möchte, der möge bitte seine **verbindliche** Anmeldung, gerne mit Partner:in, über meine Erreichbarkeiten bis zum **25. März 2022** mitteilen, da eine Teilnahme nur mit Vorbestellung möglich ist und ich euch dann über Details informieren kann. Auf das Mitführen der Dokumentationen zur dann (eventuell noch) bestehenden Coronaverordnung wird hiermit ausdrücklich hingewiesen!

Weitere Veranstaltungen sollen sein: im Mai ein Besuch des Fritz-Theaters (Ko-

mödie); im August der Besuch der Polizei-historischen Sammlung in Dresden; in der ersten Septemberhälfte eine Seniorenauszeit (vier Tage) in Schöneck oder Jena; im Oktober ein Besuch im Amerika-Tierpark (mit Blick hinter die Kulissen?); am 3. Dezember 2022 steht das Weihnachtsorato-

rium im Freiburger Dom (Tagesfahrt) auf dem Plan.

Voranmeldungen und Nachfragen dazu sind ab sofort möglich.

Ralf Weinreich: (0371) 24003675 / (0177) 8719051, ralf_weinreich@seniorenchemnitz.com ■



Foto: Privat



INFO-DREI

Social Media bei der Polizei in ...

... Sachsen

Im Sächsischen Staatsministerium des Innern, Abteilung 3 – Landespolizeipräsidium ist die Stabsstelle Kommunikation der sächsischen Polizei angebunden. Diese ist für die strategische Ausrichtung verantwortlich und koordiniert die Kommunikation. Darunter fällt auch das Betreuen von Social-Media-Kanälen, was durch ein „Social-Media-Team“ (SMT) geleistet wird. Durch dieses werden Twitter, Facebook, Instagram und Youtube bedient. Unterstützung erhält das SMT durch die regionalen Polizeidienststellen mit ihren Stabsstellen Kommunikation.

Deren Mitarbeiter:innen bereiten Meldungen, Beiträge und Bilder aus ihren Bereichen crossmedial auf und senden diese an das SMT zur Veröffentlichung. Dabei wird darauf geachtet, dass eine „360-Grad-Kommunikation“ gewährleistet wird. Das bedeutet, dass eine Vielzahl an unterschiedlichsten Informationen zur und über die Polizei Sachsen an verschiedenste Empfänger über entsprechende Kanäle, z. B. Social Media, verbreitet werden. Darunter fallen die klassischen Polizei- und Pressemeldungen, welche über Einsätze der sächsischen Polizei informieren, aber auch das Erstellen von Beiträgen mit Themen und Fakten, welche Bürgerinnen und Bürger generell zur sächsischen Polizei interessieren könnten.

Einen Schwerpunkt umfasst die Einsatzkommunikation bei größeren polizeilichen Einsatzgeschehen in Sachsen, welche erklärend und begleitend während des Einsatzes geleistet wird. Ein weiterer Schwerpunkt von Social Media ist die Nachwuchswerbung für die sächsische Polizei, welche in unterschiedlichster Art und Weise betrieben wird. Darunter fällt auch die Kampagne „Verdächtig gute Jobs! – 1 Beruf 1.000 Möglichkeiten“. Die Beantwortung von Bürgeranfragen wird mit einem hohen Engagement betrieben. Das wird sowohl bei den Beantwortungen der zahlreichen Kommentare und Beiträge als auch in Form von öffentlichen Informationen sichtbar.

Jan Krumlovsky

... Sachsen-Anhalt

Die Landespolizei Sachsen-Anhalt ist auf Social Media breit aufgestellt. Twitter, Facebook, Youtube und Instagram werden betreut. Die vier Polizeiinspektionen (Dessau-Roßlau, Magdeburg, Stendal, Halle) und die Fachhochschule twittern auf eigenen Kanälen und halten mit Polizeimeldungen und aktuellen Themen Bürgerinnen und Bürger stets auf dem Laufenden. Durch die Betreuung über die jeweiligen Redakteure der einzelnen Polizeiinspektionen wird der Lokalbezug in der dazugehörigen Region deutlich erhöht.

Die Facebook-Seite „Polizei Sachsen-Anhalt Karriere“ kümmert sich in erster Linie um die „Nachwuchsfahndung“. Posts über Berufsberatungen, Fristen und Hinweise zu den Eignungsauswahl- und Bewerbungsverfahren finden sich hier. Aber auch Einblicke in das Dienstleben von jungen Polizistinnen und Polizisten werden über Erfahrungsberichte eingestellt.

Seit dem Jahr 2020 ist die Landespolizei auch auf Youtube vertreten, vorrangig um medial aufbereitete Themen im Nachrichtenbereich und der Nachwuchsgewinnung zu präsentieren. Am 7. April 2020 startete die Polizei Sachsen-Anhalt ihr Instagram-Profil. Über Beiträge, Storys und Reels gibt es hier ebenso fast täglich frischen Input.

Ganz frisch zu den obigen Plattformen gesellt sich seit Neuestem auch ein Podcast. Auf allen bekannten Streamingdiensten wie Spotify, Deezer und Co. informiert Polizeikommissaranwärterin Mira über die Fachhochschule Polizei. Sie gibt Tipps und Tricks für den Einstellungstest und interviewt Kolleginnen und Kollegen über den Dienstag.

Die Landespolizei Sachsen-Anhalt ist längst im Social-Media-Bereich angekommen. Über die verschiedensten Kanäle werden für Interessenten, die mehr über die Polizei erfahren möchten, nahezu alle Bereiche abgedeckt. Mehr zu Social Media ist auf den Seiten 2 und 3 im DP-Landesteil des Landesbezirks Sachsen-Anhalt nachzulesen.

Martin Gaudig

... Thüringen

Darstellung und Veröffentlichung in sozialen Netzwerken wird durch den Bereich „Social Media“ in der Pressestelle der Landespolizeidirektion durchgeführt. Sie betreuen die Accounts „@Polizei_Thürer“ auf Twitter und „Polizei Thüringen“ auf Facebook. Hier werden entsprechende Öffentlichkeitsfahndungen geteilt bzw. verlinkt. Aus rechtlichen Gründen werden personenbezogene Daten und insbesondere Fotos von Personen nicht direkt in die sozialen Medien eingestellt, sondern dort zum Presseportal verlinkt. Social Media umfasst die Erstellung und Planung von Präventionsinhalten, Nachwuchswerbung sowie Berufsinformationen. Dazu zählen Beitragserstellung zur Selbstdarstellung und Imageverbesserung. Inhalte zur Krisenkommunikation, Verkehrshinweise, allgemeine Warnungen, Vermissten- und Öffentlichkeitsfahndung mit Zeugenaufrufen bilden einen wesentlichen Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Verbreitung von Informationen in möglichst vielfältigen Publikationsorganen mit lokalem, regionalem, nationalem und internationalem Verbreitungsgebiet soll ein möglichst großer Effekt erreicht werden.

Eine wichtige Funktion hat die mediale Einsatzbegleitung und Kommunikation polizeilicher Maßnahmen bei Versammlungslagen. Die Betreuung der Social-Media-Kanäle nimmt einen immer größeren Raum in der Information der Öffentlichkeit ein. Neben Teilen und Kommentieren von Inhalten im Netzwerk, ständiger Kommunikation mit den Followern gehören auch die Auswertung und Analyse statistischer Daten der Netzwerke zu den Aufgaben. Hierzu finden regelmäßig ein bundesweiter Austausch und aktive Zusammenarbeit mit anderen Social-Media-Teams statt. Zu den Aufgaben gehören die Erarbeitung und Evaluation von Fachkonzepten und Dienstanweisungen, die Erstellung von Druckerzeugnissen und die Beratung von Sachbearbeitern und Ermittlern zur polizeilichen Nutzung von Social Media.

Monika Pape